

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

18.7.1921 (No. 164)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlshof  
Straße Nr. 14  
Telefon:  
Nr. 953  
und 954  
Postkassentor  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortl.  
Hauptredakteur  
C. A. M. e. n. b.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 21.40 RM. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, gütlicher Beilegung und Konfuzionsverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Außerkurssetzung der Einkommensteuermarken zu 25 M.

Nach einer Verfügung des Reichspostministers sind die Oberpostdirektionen angewiesen worden, den Umtausch der Einkommensteuermarken zu 25 M., deren Außerkurssetzung seiner Zeit amtlich bekannt gemacht worden ist, noch bis Ende Juli 1921 zuzulassen. Nach diesem Zeitpunkt findet ein Umtausch weder durch die Postbehörden noch durch die Finanzbehörden mehr statt.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes.

Eine nennenswerte Besserung ist auch in der Berichtswache nicht zu beobachten. Zwar ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen wiederum (um 174) gesunken, sie beläuft sich gegenwärtig auf 8706 (3545 Männer und 160 Frauen). Andererseits ist die Kurzarbeiterziffer wieder gestiegen, am Ende der Berichtswache waren 3197 Männer und 61 Frauen als unterstützte Kurzarbeiter gemeldet; die Summe der an sie ausbezogenen Beträge belief sich auf 200 618,40 M., während an eigentlichen Erwerbslosenunterstützungen 284 804,07 M. verausgabt wurden. Die Kostlandsarbeiterziffer hielt sich annähernd auf gleicher Höhe wie in der Vorwoche. Soweit eine Besserung eingetreten ist, betrifft sie hauptsächlich das Baugewerbe, sodann verschiedene Betriebe der chemischen Industrie.

Der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt zeigt gegenüber der Vorwoche keine wesentliche Veränderung. Zum Teil wurden die Arbeitsämter allerdings nicht in dem Umfang in Anspruch genommen, wie man dies bei dem gegenwärtigen hohen Beschäftigungsgrad der Landwirtschaft erwarten sollte.

In der Industrie für Steine fällt es nach wie vor schwer, Granitsteinhauer aufzubringen. Die Lage in der Metall- und Maschinenindustrie zeigt geringe örtliche Besserung, die Porzellan- und Keramikindustrie hat etwas angezogen, desgleichen ist in der Neustädter Wärfabrikation besserer Geschäftsgang eingetreten. Nennenswert gebessert hat sich jedoch die Gesamtlage nicht.

Der Bedarf der Spinnstoffindustrie konnte in der Berichtswache in der Hauptsache mit örtlichen Arbeitskräften gedeckt werden; nur einige Spezialkräfte wurden im zwischenörtlichen Vermittlungsgeschäft angefordert. Doch ist die Wessentaler Textilindustrie z. B. gut beschäftigt. Die Lederfabrikation zeigt in Weimheim vermehrte Aufnahmefähigkeit, sonst keine Veränderung gegenüber der Vorwoche. Im Holzgewerbe konnte verschiedentlich die Nachfrage nach Häusern nicht durch die örtlichen Arbeitsnachweise gedeckt werden.

Im Nahrungsmittelgewerbe und zwar sowohl im Bäder- und Metzgergewerbe als auch in der Nahrungsmittelfabrikation bestehen nach wie vor geringe Beschäftigungsmöglichkeiten. In der Konfektfabrikation trat teilweise infolge mangelnder Zufuhr an Obst und Gemüsen vorübergehende Beschäftigung ein.

Im Baugewerbe ist die Nachfrage nach Gipsern, Maurern, Malern und Zimmerern immer noch recht erheblich, während das Berufsamt für Baugewerbe außerordentlich geringen Bedarf an Arbeitskräften zeigt.

Letzteres gilt auch vom Handel; soweit er nicht Spezialkräfte verlangt, fordert er fast nur erschlaffte Stenotypisten und insbesondere Stenotypistinnen an. Der Bedarf an weiblichem Kopersonal war sowohl im allgemeinen, als auch in den Kurorten im besondern recht erheblich.

### Innen- und Außenpolitik.

Die „Germania“ schreibt in einem Leitartikel unter dieser Überschrift:

Schon häufig ist mit dem Ausdruck der Verwunderung in der Öffentlichkeit darüber gesprochen worden, daß es im deutschen Reichstag zur Behandlung großer und wichtiger außenpolitischer Fragen nur selten zu kommen pflegt. Der Grund dafür ist durchsichtig. Unsere ganze politisch-parlamentarische Tätigkeit ist nun einmal zu ihrem weitestgehenden Teil eingeleitet auf die innerpolitischen Probleme und Vorgänge. Wir sind leider allzusehr daran gewöhnt, alle politischen Dinge unter dem Gesichtspunkt unserer innerpolitischen Einstellung zu sehen. Das könnte freilich in einer Zeit, wo wir außenpolitisch so gut wie gar nichts zu bestellen haben, und wo wir im Innern nach neuen Formen ringen und nach neuen Ausgestaltungen suchen, diesem oder jenem natürlich scheinen, ja als eine naturnotwendige Folge der eingetretenen faktischen Verhältnisse vorkommen. Dem ist aber keinesfalls so. Denn gerade die furchtbaren Ereignisse, die über uns herein-gebrochen sind, wie auch die jegliche geschlossene Front unserer ehemaligen Gegner, sollte uns den Blick für den Wert der Erziehung im außenpolitischen Denken nur um so mehr schärfen, und sollte uns nur um so empfänglicher und empfindlicher machen für die Fragen des außenpolitischen Geschehens und die Einstellung, die ein Volk dazu finden muß, wenn es nicht überhaupt jede Bedeutung im Konzert der Völker verlieren will. Ist diese Erkenntnis oder einmal gewonnen, dann müßte sie mit elementarer Notwendigkeit dazu führen, daß wir auch im parteipolitischen und parlamentarischen Leben immer mehr darauf ausgehen, unsere innenpolitischen Verhältnisse auf die äußeren einzustellen oder zum mindesten in entscheidenden Augenblicken uns nach rein außenpolitischen Gesichtspunkten zu orientieren.

Von einer solchen Auffassung und von einem solchen Rationieren aber sind wir immer noch weit entfernt. Denn so oft man beispielsweise im Reichstag eine außenpolitische Debatte erlebt, so zeigt sich immer wieder das Schauspiel, daß entweder diese Debatte aus parteipolitischen Gründen herbeigeführt worden ist — sei es, daß extreme Parteien die Gelegenheit einer außenpolitischen Frage benutzen, um der Regierung ernste Schwierigkeiten zu bereiten und Wahlstimmen zu treiben — oder aber die Debatte werden selbst bei Einigkeit im Gebirgen so geführt, daß der parteipolitische Standpunkt in möglichst scharfer Form herausgeholt wird, das Trennende also im Vordergrund steht und somit die außenpolitische Wirkung in das Gegenteil von dem befehrt wird, was erzeugt werden müßte, wenn eine solche Debatte überhaupt Wert haben soll. So mühen also selbst solche außenpolitische Fragen, die einen einzigen Volkswillen verlangen, im Grunde genommen auch vom ganzen Volk einzig beurteilt werden, im Streit der Parteien aus.

Wenn wir uns darum entschließen könnten, die innere Politik nach außenpolitischen Gesichtspunkten einzustellen, so müßte dies naturnotwendig für das ganze Parteileben eine prinzipielle Bedeutung haben, eine Bedeutung, die nur zur Befriedigung unserer parteipolitischen Verhältnisse beitragen könnte. Es würde sich nämlich unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse bei uns von selbst die Notwendigkeit ergeben, in bestimmten wichtigen Fragen eine feste Parteikonstellation zu erhalten, die wie die Dinge einmal liegen, zurzeit nur in einer Zusammenfassung aller wirklich zur Mitarbeit bereiten Kräfte liegen könnte und somit zu einem festen Block der Mitte führte.

Dieser Gedanke findet scheinbar jetzt auch verstärkt in den Kreisen der Erörterung, die der Deutschen Volkspartei nahestehen. Einen ausgezeichneten Artikel hierüber bringt beispielsweise das Organ des Herrn Stinnes, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, in ihrer Donnerstag-Vorgangsausgabe. Dort wird ausgeführt, daß innenpolitische Stabilisierung und Klarheit die Voraussetzungen seien für jede Außenpolitik. Wie aber die außenpolitischen Verhältnisse im Augenblick ständen, sei klar zu sehen. Mit der Annahme des Illimitatums habe Deutschland die Durchführung der Reparation übernommen und zwar in einem Umfang, der nach dem Urteil aller Sachverständigen seine Kräfte übersteige. Trotzdem sei der Versuch, sie durchzuführen, für die nächsten Jahre die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik. Die nächsten Monate müßten also die Monate der wirtschaftlichen Mobilisierung für die Reparation sein und damit stelle die Außenpolitik die schwersten Forderungen an die Innen- und Wirtschaftspolitik. Die innere Politik, d. h. vor allem der Reichstag, stehe also vor der Notwendigkeit, sich endlich nach außenpolitischen Gesichtspunkten zu gruppieren, nachdem es nicht mit Unrecht als unser Fehler bezeichnet worden sei, daß man bis jetzt an die außenpolitischen Fragen unter dem innenpolitischen Gesichtswinkel herangetreten sei. Der Artikel schildert weiter die Aufgabe der Regierung, die wirtschaftliche Mobilisierung, Pläne für die Reparation, vor allem die Steuerprojekte auszuführen. Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus wird in demselben Artikel die einzig mögliche Folgerung gezogen, nämlich, daß nur eine Politik der Mitte möglich sei. Es heißt wörtlich:

Die Entwicklung drängt auf eine Zusammenfassung aller aufbauenden Kräfte im Reich ohne Unterbrechung der Parteistellung. Mehr noch: ein solcher Block besteht hauptsächlich schon seit längerer Zeit, zwar nicht in den offiziellen Parlamentsmehrheiten der jeweils in der Regierung vertretenen Parteien, aber im Zusammenwirken aller Parteien überall da, wo staatspolitische Erwägungen die Unterstützung der Regierung erforderten. Beispiel: die latente Unterstützung des Kabinetts Scheubach durch die Sozialdemokratie. Die Innenpolitik will es nicht zulassen, daß Volksparteier mit Sozialdemokratie zusammenstehen. Aber die Staatspolitik, die nationale Not, das außenpolitische Maß zwingt schon seit langem dazu. Den Luxus, die Politik nach innenpolitischen Gesichtspunkten zu führen, kann sich das Deutschland von 1921 noch viel weniger leisten, als das von 1917.

Diesen Ausführungen kann man nur beifügen und man kann nur wünschen, daß von solcher Einsicht diejenigen Parteien befeuert werden möchten, an denen es nunmehr ist, zu zeigen, daß sie instand sind, diesen staatsnotwendigkeiten auch in der Praxis Rechnung zu tragen. Die Mehrheitssozialdemokratie ist bereits wieder diesen Weg gegangen, auch die Deutsche Volkspartei wird schließlich, wenn sie sich nicht den Vorwurf ziehen will, Schleich- und Wahlpolitik zu machen, diesen Weg gehen müssen.

### Kommunalpolit. Rundschau.

#### Kleintierzucht und ihre Bedeutung für die Ernährungs- scheidung.

Gartenbaulehrer Max Schemmel, Wörpsweide bei Bremen führt in der „Zeitschrift für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik“, 1921, Nr. 9, folgendes aus:

Unser heutigen Wirtschaft liegt der unterbrochene Kreislauf zugrunde, in dem früher die einzelnen Wirtschaftszweige liefen. Ob an den schlechten Zuständen der Krieg, der Friedensvertrag und sonstige politische Ereignisse die Hauptschuld tragen, oder ob das alte System, das schließlich den Krieg verursachte, einfach abgewirtschaftet hat, kann für uns gleichgültig sein. Mit allen Mitteln aber müssen wir dahin streben, einen neuen Kreis zu schließen, da die Bruchstücke des alten durch einfachen Willen nicht mehr zusammengebracht werden können. Die großen Umrisse des neuen Weges werden allmählich mehr und mehr sichtbar und drängen sich mit zwingender Notwendigkeit jedem auf. Außenhandel und Außenpolitik treten zurück. Unsere heutigen wirtschaftlichen Mittel und unsere Menschheitseinstellung reichen nicht hin, alle Wirtschaftsgebiete

der Erde zu umspannen und sie in einen großen Ring zusammen zu bringen.

Schließen wir den Ring, in dem unsere deutsche Wirtschaft gezwungen ist, für die nächste Zukunft zu laufen: Selbstversorgung, Nutzung aller Kräfte nach innen. Erhalten wir uns zunächst das, was uns geblieben ist und suchen dann von hier aus zu fruchtbarer Neuproduktion zu gelangen. Wir können uns keinen Abbau, keine unrationelle Innenwirtschaft mehr erlauben.

Unsere heutige Stadt verschwendet ungeheure Mengen von guten und halbabgebauten Nährstoffen, die durch den Müll und die Abwässer dem Wirtschaftskreislauf entzogen werden. Wir müssen uns bewußt werden, daß in jedem Eiweißmolekül Arbeit, Kraft von Pflanzen, Bakterien, Tieren, Menschen steckt. Dieses Eiweißmolekül darf nicht einfach der Wirtschaft entzogen oder durch neue Arbeit von abermals Menschen, Tieren und Bakterien wieder abgebaut werden, sondern es muß erhalten und als vollwertiges Glied wieder eingefügt werden.

Ausschlaggebend für diese Verwertung kann heute nur die städtische Kleintierzucht sein. Das Versagen des Aufstammens von Speiseresten während des Krieges für die Großwirtschaft zeigt dies deutlich genug. Es fehlte das richtige Interesse, und auf dem langen Wege wurde das Futter schlecht. So kostbare Kleinbauern können nur durch individuelle Kleinarbeit wieder zusammengeführt werden.

In dem zukünftigen Selbstversorgungsgebiet der Stadt wird nur der äußerste Ring der Großviehzucht dienen. Ihm fällt vor allem zu, alle Aufgaben zu lösen, die in der Kleintierwirtschaft unmöglich sind. So die Verwertung der Stadt mit Brotgetreide, die Durchzüchtung von Lebens- und Futtermittelpflanzen und von Nutztieren u. a. Er wird das Reservoir darstellen, auf dessen Kosten die intensive Kleintierwirtschaft der Stadt sich immer weiter ausbreitet.

Plätzen in der Stadt und deren nächster Umgebung werden durch Handwerker, geistige und Industrie-Arbeiter bewirtschaftet als sogenannte Nebenerwerbsbetriebe. Sie sind wie im Bezug von Samen und Pflanzen auch auf den Bezug von Nutztieren in Form von Eintagsküden, Ziegenlämmern usw. angewiesen, die sie dann nur zum Eier-, Milch- oder Fleisch-lieferer halten. Sie stellen also Tierhalter — nicht Tierzüchter dar.

Die eigentlichen Züchter zwischen beiden Kreisen verorten sich in allem selbst. Ihre Tierhaltung stellt sich dementsprechend ein. Sie geht nur soweit, als Abfallstoffe und noch keine fleischlichen Land zur Futtergewinnung da sind und richtet sich ganz nach der Einstellung und Produktion des Züchters.

Vor der Züchtung ein Stück Großvieh halten will, mache er sich klar, daß der Ausbau von tierischem Eiweiß ein Umweg über das pflanzliche Eiweiß ist, also volkswirtschaftlich unrationell. Wirtschaftlich wird er von selbst gezwungen sein, diesen Umweg auszuhalten. Nur wo es sich darum handelt, vorhandene Eiweiß- und sonstige Stoffe, die der menschlichen Ernährung nicht mehr zugeführt werden können, vor dem Zerfall zu bewahren, ist Tierzucht am Platze, und nur geringes sonstiges Tierfutter erlaubt.

Nehmen wir die Kriegswochenlieferung von 1/2 Pfund Fleisch pro Woche und Person an, mit der die meisten Menschen bei sonstiger gehaltreicher Nahrung gut und gern auskommen, so kann selbst der Nebenerwerbszüchter sich dieses selbst erzeugen. Ein gesundes Kaninchen wirft jährlich 12 bis 16 Jungtiere mit mindestens 25 bis 30 Pfund Fleisch und 25 bis 3 Kilogramm Fett. Damit wäre die Wochenminimale schon geschaffen. Man benötigt dazu etwa 6 Kubikmeter Raum bei sorgfältiger Pflege 2 Quadratmeter Bodenfläche (3 Stagen); ergibt 12 Ställe. Bei halbjähriger Haltung der Schlachtkaninchen kann man bis zu 20 Kaninchen halten, eventuell Verluste miteingerechnet.

Zur Erzeugung dieses Fleischminimums wird man sich zweckmäßigerweise nicht allein auf Kaninchen verlassen, sondern daneben andere Kleintiere halten. Nehmen wir als Tierertrag eines Kuhnes bei beschränktem Auslauf 80 Stück pro Jahr an, so genügen 10 Kühe zur Versorgung der Familie mit wöchentlich 15 bis 16 Eiern, oder pro Person 3 bis 4 Stück. Jährlich werden dann bei Stadt- oder Laubengartenwirtschaft alle 10 Stück abgeschlachtet und durch neue ersetzt. Es ergibt also zehnmal gute Fleischmengen im Herbst. Der Viehhändler wird bei zwei- bis dreijähriger Haltung ungefähr auf dieselbe Fleischmenge kommen bei Einzuzerzeugung der nicht zur Zucht benutzten Jungkühe. Als Mindestraum sind pro Kuh 2 Quadratmeter Fläche gerechnet. — Eine Ziege liefert jährlich durchschnittlich 600 bis 800 Liter Milch, also für 4 Personen je 1/2 Liter pro Tag. Kaninchen, Huhn und Ziege müssen allmählich eisenes Inventar des Städtlers werden. Sie müssen sich ergänzen, um die noch verfügbaren Abfallstoffe auszunutzen und die Familie mit hochwertigen leicht verdaulichen Nahrungsmitteln als Zusatz zu den schwerfälligen ruhigeren Blut gebenden Pflanzennährstoffen zu versorgen.

Soll hiermit die Ernährung weiter Bevölkerungsteile sichergestellt werden, so ist allerdings erhöhte Fett- und Olerzeugung durch Mohr, Lein und sonstige Kulturen und auf industriellem Wege nötig. Günstige Gelegenheiten lassen sich auch leicht im Kleinbetrieb zur Zucht von Fischen, Enten, Gänsen ausnützen.

Alle Stoffe erhalten dabei eine Verfeinerung; das Stroh, das nicht nur zum Mist verwendet wird, sondern die für das Tier nicht mehr verwertbaren Stoffe bindet und sie den Pflanzen zuführt, der Küchenabfall, der sonst in die Müllgrube wandert, Abfallreiter und sonstiges Baumaterial, bessere Raumausnutzung.

So wie heute stabilere, zweckmäßigere Laubengärten und Kleinviehställe den notwendigen Einrichtungen der ersten Kriegszeit folgen, einfach weil die Städtler mit diesen Dingen allmählich vertraut wird, sie versteht, sie als wirkliches Stück seiner Wirtschaft betrachtet, so wird sich die Kleintierzucht auch mit der Zeit zu dem ausbauen, was sie sein muß, ein vollwertiges Glied der Stadtversorgung.

# Politische Neuigkeiten.

## Oberschlesien.

Berlin, 16. Juli. Heute nachmittag besuchte der französische Botschafter Laurent den Minister des Äußern Dr. Rosen, um ihm im Namen seiner Regierung folgende Erklärung zu machen.

Die sehr bestimmten und eingehenden Berichte des Generals Lerond und die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung lassen keinen Zweifel über den in Folge des Verhaltens der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien — und zwar wegen der Nichtablieferung der Waffen, wegen der Aufrechterhaltung der deutschen Truppen im Abstimmungsgebiet selbst oder an seinen Grenzen und wegen der Gefahr einer gewaltsamen Aktion in Oberschlesien, sei es vor der Mitteilung einer Entscheidung der Mächte oder sei es unmittelbar danach, wenn Deutschland nicht vollbefriedigt wird. Die ungeheuerlichen Aufrufen und unmittelbaren Herausforderungen des Generals Höfer bestätigen die Schwere des in Oberschlesien sich vorbereitenden Angriffs. In dem Abstimmungsgebiet selbst mehren sich die deutschen Attentate, die besonders gegen die französischen Truppen und Beamten gerichtet sind. Die Lage wird immer beunruhigender. Am 4. Juli wurde Major Montagne meuchlings in Beuthen ermordet. Am 8. Juli wurde in Ratibor ein Adjutant des französischen Kontrollieurs in seinem Hotel angegriffen und konnte sich nur dadurch retten, daß er sich in seinem Zimmer verbarrikadierte. Am 12. Juli wurde der französische Hauptmann Lux in seinem Hause von einer Anzahl bewaffneter Männer angegriffen. In Oppeln wurde Leutnant Dubal mit einem Dolch bedroht, er konnte sich aber, ohne verwundet zu werden, losmachen. Eine Bombe wurde in der Nähe eines Hospitals geworfen. Ein französischer Beamter, der als Untersuchungsrichter fungiert, Schädelschüsse wurde angefallen, seiner Brieftasche und seiner Papiere beraubt und heftig verprügelt, ohne daß die Polizei einschreiten konnte. Die häufige Wiederholung dieser Attentate ist bezeichnend. Bei der Verhaftung ergab sich, daß die Urheber dieser Verbrechen Mitglieder von Freikorps sind, die nicht zu diesem Gebiet gehören. Die Selbstschußformationen sind nicht entwaffnet und nur zum Schein bewaffnet worden. Es ist festgestellt worden, daß von den 40 000 Mann nur 10 000 Mann aus dem Gebiet stammten. Weitere 10 000 sind in Gruppen verteilt im Gebiet versteckt. Von den 20 000 Mann, die abtransportiert wurden, ist der größte Teil in Mittel- und Niederschlesien geblieben. Die Studenten wurden in ihre Heimatsorte zurückgeschickt, sind aber bereit, auf den ersten Ruf hin herbeizueilen. Ein Teil von ihnen wurde nur für einige Tage auf Urlaub geschickt. So bleiben die deutschen Bände Gewehr bei Fuß, sei es in dem Abstimmungsgebiet, sei es an seinen Grenzen. Der Stamm dieser Bataillone, der zur Bildung der Armee diente, wurde nicht aufgelöst, sondern wird fortwährend vermehrt. Das Kommando bleibt am Platz. General Höfer ist in Briga. Die Waffen wurden den Kontrolloffizieren nicht übergeben, die nur auf 200 Gewehre und auf ein unbrauchbares Maschinengewehr Hand legen können, während 20 000 Mann mit modernen Waffen versehen waren. Auf diese Weise behalten die Selbstschußorganisationen ihre Waffen, halten ihre Posten aufrecht und sind bereit, auf das erste Zeichen hin einzugreifen.

Die Verantwortlichkeit der Regierung bleibt ebenso wie bisher voll bestehen, weil sie die Rekrutierung, den Transport und die Bewaffnung der Selbstschußtruppen sowie ihre Zusammenziehung und ihren Fortbestand in Oberschlesien duldet. Unter diesen Umständen kann angesichts des Drucks der deutschen Bedrohung die französische Regierung nicht daran denken und sie ist überzeugt, daß die Alliierten ebenso wenig daran denken, nach einer oberflächlichen Prüfung von einigen Tagen durch eine Sachverständigenkommission eine endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage zu treffen, die unmittelbar den Angriff einer wirklichen, aus Aufständischen gebildeten deutschen Armee hervorrufen, und ohne Zweifel durch eine Abwehraktion der Polen beantwortet werden würde. Die verbündeten Regierungen würden sich dann in die Kriegsergebnisse hereinziehen sehen. Sie würden es nämlich nicht zulassen können, daß der Vertrag von Versailles verletzt und ihre Entscheidung mißachtet wird. Die französische Regierung, die auf Wunsch ihrer Verbündeten durch eine Zahl Truppen und Beamten, die sie nach Oberschlesien entsandt hat, und durch den Vorstoß in erster Linie die Verantwortung trägt, hat mit Rücksicht auf die schwere deutsche Bedrohung Vorkehrungen getroffen, um unverzüglich eine Division zur Verstärkung nach Oberschlesien zu senden, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und der drohenden Gefahr zu begegnen.

Im Anschluß an diese Eröffnungen stellte der französische Botschafter an die deutsche Regierung folgende Forderungen:

1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstschuß- und Freikorpsorganisationen zu entwaffnen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen.

Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßregeln zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrages in Oberschlesien keinen Widerstand finden.

3. Deutschland hat alle Maßregeln zu treffen für eine schnelle Herbeischaffung von Verstärkungen, welche eventuell nach Oberschlesien gesandt werden sollen.

Der Minister des Äußern hat bei Entgegennahme dieses Schrittes des französischen Botschafters sofort mit großem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion — ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und stündlich von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Botschafter auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion die Zweifel des deutschen Kabinetts an ihre Wirksamkeit unzweifelhaft zum Ausdruck brachte und dessen Überzeugung ausgesprochen hat, daß die polnischen Insurgenten nur äußerlich entwaffnet seien, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden.

Am 7. Juli hat der Außenminister ferner dem französischen Botschafter durch einen Ratwitzer Großindustriellen Mitteilung machen lassen, durch die die Richtigkeit dieser Voraussage bestätigt wird. Diese Mitteilungen des Ratwitzer Augenzeugen, von denen die französische Regierung Kenntnis erhalten hat, ergaben die tatsächliche Gewissheit darüber, daß nur die regulären polnischen und ein Teil der Gallierjokisten über die Grenze abtransportiert seien, um jenseits weiter ausgebildet und zu Stammbildungen für den 4. polnischen Aufstand zusammengeführt zu werden, daß die Waffen nicht abgeliefert, sondern versteckt und daß, um Verschärfungen durch Wäffe zu verhindern, sie in eigens dazu hergestellten Zinlfabriken vergraben werden, daß Plünderungen und Verschleppungen nach wie vor stattfinden. Dafür, daß die Organisationen der Insurgenten noch bestehen bleiben, daß sogar Herrn Korfanth das Verbleiben auf ober-schlesischem Boden gestattet werde, sei eine Folge der Amnestie, die hierzu jede gewünschte Erleichterung bietet.

Eine endgültige Stellungnahme auf den Schritt des französischen Botschafters behielt sich der deutsche Minister des Auswärtigen vor.

## Das Urteil gegen die U-Boot-Offiziere.

Leipzig, 16. Juli. In dem Prozeß gegen die U-Boot-Offiziere Dittmar und Rohde wurde heute das Urteil gesprochen. Beide Offiziere wurden wegen Weisung zum Totschlag zu je 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Gegen Oberleutnant Dittmar wurde außerdem auf Dienstentlassung erkannt. — In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: „Der Senat hat als erwiesen angesehen, daß das Lagerschiff „Landobert Castle“ völkerrechtswidrig torpediert worden ist. Für die Torpedierung ist allein der Kommandant Rabis verantwortlich. Daß er die Versenkung als unzulässig empfand, geht schon daraus hervor, daß er sie nicht nur ins Schiffsstagebuch nicht eintrug, sondern daß er sogar zu einer Fälschung der Vegetarische gezwungen war. Was die Rettungsboote anbetrifft, hat der Senat angenommen, daß drei Boote von dem sinkenden Schiff abgenommen sind und daß diese Boote absichtlich von U-Boot aus beschossen worden sind. Es könne überhaupt keinem Zweifel unterliegen, daß die Beschießung der Befahrung der Rettungsboote geschehen hat und daß durch das Schießen Menschenleben vernichtet worden sind. An dem Verbrechen der Tötung waren die Angeklagten beteiligt. Zwischen Rabis und ihnen hat ein ausbrüchliches oder stillschweigendes Einverständnis bestanden. Während die Angeklagten bei der Torpedierung des Schiffes dem Befehl Rabis folgten, hätten sie bei der Beschießung unbedingt Widerspruch erheben und mit Anzeige bei der vorgesetzten Behörde drohen müssen. Das haben sie nicht getan. Es waren also drei Offiziere gleichwertig an der Beschießung beteiligt. So wahrscheinlich es auch ist, daß die Tötung von Menschenleben mit Überlegung ausgeführt ist, so konnte der Senat doch nicht den Beweis für eine überlegte Tötung als erbracht ansehen. Es ist daher Tötung ohne Überlegung angenommen worden. Bei Bemessung der Strafe war zu berücksichtigen, daß es sich um eine sehr schwere Straftat handelt, daß nämlich wehrlose Schiffbrüchige getötet worden sind. Es war aber auch zu berücksichtigen, daß durch das Verbrechen das Ansehen der deutschen Marine und vor allen Dingen das völkerrechtliche Ansehen des U-Bootkrieges aufs Schwerste geschädigt worden ist. Der Senat hat deshalb eine Gefängnisstrafe von 4 Jahren als angemessen erachtet. Die Kosten des Verfahrens sind den Angeklagten auferlegt worden. Es lag kein Anlaß vor, einen Teil der Kosten auf die Reichskasse zu übernehmen, da das Verhalten

der Angeklagten während der Voruntersuchung und der Verhandlung keinen Anlaß dazu gegeben hat, eine solche Entscheidung zu fällen.

Paris, 17. Juli. „Echo de Paris“ zufolge richtete Briand eine Note an Deutschland, die die Anerkennung der Leipziger Urteile durch Frankreich verweigert und die Übernahme der Kriegsbeschuldigtenprozesse durch die französische Justiz offiziell ankündigt.

London, 16. Juli. Die britische Regierung hält es nicht für notwendig, in Verbindung mit dem Prozeß gegen die deutschen Kriegsbeschuldigten einen neuen Schritt zu unternehmen. Die Berichte der richterlichen Beamten der Krone über die bereits verhandelten Fälle sind noch nicht eingetroffen und es noch nicht alle britischen Fälle abgeschlossen sind, ist ein vollständiger Bericht im Augenblick unmöglich. Die Fälle können nicht einzeln erwogen, sondern müssen als Ganzes behandelt werden. Die Prozesse würden jedoch aufmerksam verfolgt als Prüfstein für den guten Willen Deutschlands, die von ihm übernommenen Verpflichtungen auszuführen.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Zur Frage des marktfreien Brotes wird von amtlicher Seite (Reichswirtschaftsministerium) mitgeteilt, daß die letzten in der Presse häufig erschienenen Mitteilungen über diese wichtige Angelegenheit nicht immer richtig gewesen seien. Zutreffend ist, daß vom 16. August ab neben dem rationierten, auf Brotmarken abgegebenen Brot auch marktfreies Brot von der Bevölkerung bezogen werden kann. Es ist weiter zutreffend, daß das rationierte Brot eine Preiserhöhung erfährt, weil das Reich bei seiner finanziellen Notlage nicht weiter in der Lage ist, die bisher für die Niedrighaltung der Brotpreise aufgewendeten Reichsmittel in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung des Brotpreises für Brot, das auf Marken abgegeben wird, wird auf 40 Prozent berechnet, so daß etwa ein 1000 Gramm-Brot etwa 7,00 M. kosten würde. Die Erhöhung über den künftigen Preis des aus freiem Mehl hergestellten Brotes, das ohne Marken abgegeben wird, entbehrt jeder sicheren Grundlage. Es liegt nach Ansicht der maßgebenden Stelle kein Anlaß zu der Annahme vor, daß dieses Brot 12,00 oder gar 14,00 M. kosten werde.

Dresden, 16. Juli. Eine Anfrage der demokratischen Landtagsfraktion nennt die Berufung des Unabhängigen Parteisekretärs und Reichstagsabgeordneten Hüssel zum Amtshauptmann von Leipzig, der weder Vorbildung noch genügende praktische Erfahrung habe, eine schwere Benachteiligung der Berufsbeamten und eine unverantwortliche Vergeudung von Staatsgeldern. Es wird gefragt, wie demgegenüber die Regierung ihre Maßnahmen zu rechtfertigen gedenke. In verschiedenen Dresdener Blättern richtet ein Ministerialrat der Staatskanzlei einen offenen Brief an den Minister des Innern Winiński, in dem es heißt: Die Ernennung Hüssels zum Amtshauptmann von Leipzig rufe die Beamtenschaft auf den Kampfplan. Es sei eine Herausforderung der Beamtenschaft, daß der Minister die Berufung Hüssels mit der Behauptung begründet habe, er habe unter der Beamtenschaft keinen Anwärter finden können, der eine verfassungsmäßige Geschäftsführung unbedingt gewährleistet. Das bedeute eine Verletzung der Berufsbefugnisse der Beamten. Die Beamten könnten nicht dulden, daß ein Mann ohne die nötige Vorbildung schwieriger Verwaltungsposten übernehme, daß durch ihn die Aufzuchtungsverhältnisse verschlechtert würden und daß Parteinteressen der Staatsnotwendigkeit vorzuziehen seien. (Frankf. Btg.)

Paris, 17. Juli. Nach einer Meldung der Agentur Havas besagt der amtliche griechische Bericht vom 16. d. M.: Unsere Angriffe gegen die besetzten Stellen bei Retzani entwickelten sich normal. Wir haben die vorgeschobenen Stellen besetzt und ein Geschütz, Maschinengewehre, Gewehre und Munition erbeutet. Unter den türkischen Gefangenen befindet sich der türkische Generalmajor der vierten Division. Am 13. Juli wurde ein heftiger Angriff des Feindes auf Akum-Karabassir durch einen energischen Gegenangriff zurückgewiesen. Bei der Verfolgung hatte der Feind etwa 120 Tote, 100 Verwundete, 5 Maschinengewehre, sowie Munition und Gewehre russischen Modells zurückgelassen.

In der „Globe“ gibt Reichstagsabgeordneter Ludwig Haas eine Reihe von Bemerkungen über „Nationalgefühl“. Da liest man u. a.:

Viele sprechen von ihrem Nationalgefühl und brüsten sich damit; trotzdem ist ihr Nationalgefühl schwächer als das mancher anderer Leute. Leise spricht man von dem, was man am tiefsten fühlt.

Schon einmal sprach man von vaterlandslosen Gesellen. Millionen der vaterlandslosen Gesellen sind in treuer Pflicht.

## Konzerthaus.

### „Die Frau im Hermelin“.

Man kann es sich wohl denken, daß die Gilbertsche Operette „Die Frau im Hermelin“ etwas für die Berliner ist und nun schon wochenlang dort allabendlich volle Häuser macht. Die beiden Textdichter Rudolf Schanzer und Ernst Welisch — bei der Operette müssen sich immer mindestens zwei in die Hände arbeiten; in Wirklichkeit sind aber noch viel mehr Köpfe an der Fertigstellung des endgültigen Textes beteiligt — die beiden Textdichter haben aber auch keine Mühe gescheut, um ihrem Publikum eine Handlung vorzuführen, die nicht nur spannend und unterhaltend ist, sondern auch Hand und Fuß hat. Sie bringen auf dem Schlosse des Grafen Beltrami bei Verona, nicht ungeschickt motiviert, all die Elemente zusammen — österreichische Offiziere und das ganze Ballett der Mailänder Scala — mit denen sich schon etwas aufstellen läßt. Dazu eine junge Gräfin von blendender Schönheit, einen jungen, eiserhüftigen Gatten, der Spionage verdächtigt, einen jungen, schneidigen, draufgängerischen Obersten — lauter prächtige, temperamentvolle Menschen mit glühend heißem Blut, das aufschäumt, in ihnen wilde Begierden weckt, sie bis an den Abgrund taumeln läßt, um sie im letzten Augenblick aus einem Sinn betörenden Traum zu wecken. Hier wird in raffiniertester Weise mit dem Feuer gespielt. Aber es kann nichts passieren. Dafür sorgen schon die Herren Verfasser, die die Fäden in Händen haben. Aber das Prädikat der Herren ist da, elektrische Funken knistern fein, wenn sich Fingerspitzen berühren, wenn Männerlippen duftendes Frauenhaar streifen. Eine schwüle Atmosphäre liegt im Salon, der Sekt perlt, die Pulse jagen, dunkle Augen sprühen leidenschaftliches Verlangen, weiche Frauenlippen kauden fast schmerzlich ein Verlangen — mehr ein Entzagen. Hier haben wir wieder jenes gefährliche, verführerische Gift, das, unmerklich beinahe, dem Zuschauer in die Poren dringt.

Und die Musik, nicht minder süß, berauschend, beörend, tollendet das Werk des Spiels. Gilbert ist zwar nicht viel Neues eingefallen. Es sind immer wieder dieselben Farben, dieselben geschmeidigen Linien, dieselben Rhythmen, raffig,

pridelnd, aufpeitschend, oder auch läppisch, süßlich, kindisch, aber mit jener Routine dem Geschmack des Großstadtpublikums angepaßt, mit jenem Raffinement instrumentiert, die den Erfolg verbürgen.

Die Aufführung ist von Herrn Doebell mit großer Sorgfalt vorbereitet und auch szenisch und kostümlich (Biedermeier) geschmackvoll und farbenprächtig herausgebracht. Nur bei den gesprochenen Dialogstellen hapert es immer mal wieder. Kein Wunder, daß bei der Hitze (30 Grad im Schatten) das Gedächtnis gelegentlich versagt. (Im Zuschauerraum übrigens, das sei zur Ehe des Konzerthauses gesagt, tief eine wunderwolle Kühle aufstiegen.) Die Titelpartie wurde von Fräulein Karoly ausgezeichnet verkörpert. Ihr Spiel hatte den herüberdenden Duft der vornehmen Welt, ihr Gesang abelte die banalste Melodie. Herr Steiner als Oberst Raltisch war ein idealer Partner. In der gold und silberbestickten Uniform österreichischer Offiziere sah er famos aus. Spiel und Gesang entzündeten durch Feuer, durch stolze Männlichkeit, durch prächtigen Woffklang. Die Partie der Sophie Laballe hatte Fräulein Karoly rasch übernommen und führte sie ansprechend durch. Ein Anschlag meldete Fräulein Karoly. Wie man hört, hat sie aber ihren Vertrag gelöst. Dies ist ungemein bedauerlich. Denn seit Jahren hat die Karlsruher Operette keine Souveräne von ihrem Schlag begeben. Sie hat nicht nur Schmitz und Temperament, Humor und Ausgelassenheit, sie hatte auch Stil, den echten Wiener Operettentitel. Sie hätte den Besuchern noch manchen Genuß bereitet und dem Theater sicherlich ausverkauft Häuser gebracht. (Der augenblickliche schlechte Theaterbesuch ist doch wohl in erster Linie durch die unerträgliche Hitze verursacht.) Einen auch nur annähernd passenden Ersatz für Fräulein Karoly dürfte es a. H. nicht geben. Herr Doebell konnte als Saitenist sein parabolisches Talent in vollem Ausmaß entfalten. Herr Doenselaers Graf Adriaan Beltrami war gesanglich wieder recht erfreulich, im Spiel dagegen nicht. Herr Heroldt ist ein munterer, geschickter Darsteller; in der Maske dürfte sein Intendant die Komik mehr betonen. Eine dröhlige Leistung ist der Rizzo Herr Nagels. Die Ehre verdienen Anerkennung. Das Orchester wurde von Herrn Kellner trefflich dirigiert.

Hugo Koller.

## Literarische Neuerscheinungen.

Moritz Heimann: Winterespinn. (S. Fischer, Verlag, Berlin. Preis gebunden 25 M.) Das Buch vereinigt zum ersten Mal die sämtlichen Romane des Dichters. Aus Novellen von Bestimmtheit und Tiefe, in einer Durchführung von ungewöhnlicher Mannigfaltigkeit und Überzeugungskraft, in einer Sprache, deren Schönheit durch Präzision und Wahrheit zustande kommt, zeichnet Heimann mit der gleichen Sicherheit geistige und einfache Naturen in ihrer heimischen Natur: Wir empfangen eindringliche Bilder aus Italien, Spanien und vor allem der Mark. Die Landschaft ist in diesem Buche keine bloße Beigabe, sondern ebenso sehr Ereignis wie das persönliche Schicksal.

Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart von Gustav Gieselhauf. Zwei Bände, 12te Auflage. (21.—23. Tausend) 1920. Fortgeführt bis zum Frieden von Versailles. (Carl Strube Verlag, Leipzig.) Diese neue Auflage des bewährten Geschichtswerkes wird gerade jetzt zahlreichen Lesern und Geschichtsfreunden willkommen sein. Der Verfasser hat es verstanden, die Ereignisse der letzten 50 Jahre übersichtlich zu schildern. Einem sichern Auge ist nichts entgangen, und die vielfach bunt verschlungenen Fäden im politischen Leben der Völker treten in voller Klarheit zutage. Alle wichtigeren Entwicklungsperioden kommen zur Geltung, und die Darstellung streift sich oftmals zur dramatischen Kunst. Das Buch hat starke Auflagen nötig werden, spricht gewiß am deutlichsten für die Brauchbarkeit des Buches. Politisch steht der Verfasser mehr den Rechtsparteien nahe. Und das hat stellenweise auch auf das Urteil abgefärbt.

General Quat, Die deutsche Armee im Weltkriege, herausgegeben und überseht von Hauptmann a. D. H. Krause. (Wieland-Verlag, München. Gebunden 10 M.) General Quat, während des Krieges französischer Generalstabschef, gibt an Hand der Akten seines Nachrichtenbüros eine Schilderung der deutschen Heeresleistungen. Dieser unparteiische, attentierte Bericht beleuchtet den Weltkrieg von einer ungewöhnlichen Seite. Ein jeder, der nach zuverlässigen Unterlagen zur Beurteilung des Weltkrieges sucht, muß dieses Buch lesen.

füllung für ihr Vaterland gefallen. Im Kriege wußten alle, daß das Wort von den vaterlandslosen Gesellen ein böses Wort gewesen war. Aber schon jetzt wieder geht das verbrecherische Wort im Lande um.  
Ich höre die Rechtsradikalen und die Patenkreuzler heulend den anderen ihr Deutschtum bestreiten. Wie klein und arm wäre Deutschland, wenn nur sie Deutsche wären!  
Von Vaterlandsliebe soll der nicht sprechen, der aus Mut über die Steuern oder aus Jammer über den verlorenen gesellschaftlichen Rang politisch Stellung nimmt."

## Badische Übersicht.

### Badischer Landtag.

Der Haushaltsausschuß beschäftigte sich am Donnerstag mit dem dritten Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1920/21. Er lebte wurden die Hauptabteilung 4 (Finanzministerium) und ein großer Teil der Ausgaben der Hauptabteilung V (Ministerium des Innern). Nach einer Äußerung des Finanzministers ist im Reich eine Änderung des Militärverwaltungsverfahrens in Vorbereitung. Dem Landtage wird in allerhöchster Zeit die Denkschrift zur Frage der Zwangspensionierung der Beamten zugehen. — Es hat sich herausgestellt, daß die wirtschaftliche Vertretung Badens in Berlin, die nur als vorübergehend gedacht war, zur Wahrung von Badens Handel und Gewerbe dauernd notwendig ist. Die erforderlichen Mittel müssen zu Lasten des Staatsvoranschlags gestellt werden. — Angefordert werden zur Vorbereitung zur Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten 15 000 M. Nach einer Erklärung des Ministers des Innern wird die Angelegenheit der Bezirkswirtschaftsräte im Reichswirtschaftsrat zur Zeit behandelt. Man sprach sich dort bekanntlich für die Bildung eines Bezirkswirtschaftsrates Württemberg-Baden-Bfalz aus. Bayern hat gegen die Einbeziehung der Bfalz protestiert. Da man auch in Württemberg nicht absolute Neigung zu einem Bezirkswirtschaftsrat Württemberg-Baden zeigt, sondern nur dann in Württemberg daran interessiert ist, wenn in ihrem Gefolge gewissermaßen der politische Zusammenschluß von Württemberg und Baden befindet, und auch bei Badens Handel und Industrie kein so großes Interesse am Zustandekommen des Bezirkswirtschaftsrates Württemberg-Baden mehr zu bestehen scheint, so ist es möglich, daß Baden für sich allein bleibt. Der Haushaltsausschuß stimmte der Umgestaltung der Ackerbauschule Soeburg in eine Landwirtschaftsschule zu.

### Statistisches zur Neuwahl des Landtags.

Die demokratische „Neue Bad. Landesztg.“ veröffentlicht unter dieser Überschrift einen interessanten Artikel, den wir hier im wesentlichen wiedergeben:

„Im Hinblick auf den nahenden Termin der Landtagswahl im Oktober dürfte es am Platze sein, eine Übersicht über dieiffernmäßige Stärke der Parteien in den einzelnen Wahlkreisen zu geben. Als Unterlage dienen die amtlichen Ergebnisse der letzten Reichstagswahl am 6. Juni 1920, die um so mehr zum Vergleich herangezogen werden können, als die Zahl der damals Wahlberechtigten von der Zahl der im Herbst wahlberechtigten Landtagswähler nur unwesentlich abwichen wird. Zudem liegt die vorjährige Reichstagswahl auch zeitlich am nächsten.“

Während die Wahl der badischen Nationalversammlung (die durch Volksabstimmung als Landtag erklärt wurde) am 6. Januar 1919 in vier Wahlkreisen, den Landeskommissariaten, vorgenommen wurde, ist durch das Landtagswahlgesetz vom 29. Juli 1920 das Land in sieben Wahlkreise eingeteilt. Diese decken sich indessen nicht durchgängig mit den politischen Kreisen, sondern sind durch Zuteilung bzw. Abtrennung von Amtsbezirken annähernd gleichgroß gemacht worden. Es sind folgende: 1. Konstanz-Billingen; 2. Waldshut-Tirol; 3. Freiburg-Emmeningen; 4. Offenburg-Baden; 5. Karlsruhe-Breisgau; 6. Mannheim (Schweigen und Weinheim); 7. Heidelberg-Mosbach.

Aus der untenstehenden Tabelle geht hervor, wie sich die Anhänger der Parteien am 6. Juni 1920 auf diese Wahlkreise verteilten. In jedem Wahlkreis erhält nach dem Landtagswahlgesetz jede Partei für je 10 000 Stimmen ein Mandat. Die Stimmenrechte werden parteiweise wie bei der Reichstagswahl auf die einzelnen Landeslisten vereinigt. Auch von dieser Restsumme erhält jede Partei für je 10 000 Stimmen ein Mandat auf der Landesliste. Bleibt dann schließlich noch ein Rest von mindestens 7500 Stimmen übrig, dann wird auch dieser Rest in ein Mandat umgeprägt. Das Prinzip der Verhältniswahl, jede einzelne Stimme auszunutzen und zur Geltung zu bringen, ist also hier fast restlos durchgeführt. Der neue Landtag wird ein getreues Spiegelbild des Wählerwillens sein, soweit dies überhaupt möglich ist.

Der gegenwärtige Landtag besteht aus 7 Deutschnationalen, 89 Zentrumsvertretern, 25 Demokraten und 36 Sozialdemokraten. Nach der unten abgedruckten Aufstellung würde die Neuwahl die nachstehende Mandatsverteilung ergeben:

Wahlkreis:	1. Konstanz-Billingen:	2. Waldshut-Tirol:	3. Freiburg:	4. Offenburg-Baden:	5. Karlsruhe-Breisgau:	6. Mannheim-Heim:	7. Heidelberg-Mosbach:	Summe der Wahlstimmen:	Mandate der Parteien:
Deutschnationale	5 012	7 421	13 116	12 149	35 223	14 490	26 154	83 554	8
Deutsche Volkspartei	2 069	3 967	11 257	5 409	12 501	17 321	12 129	24 633	4
Zentrum	56 948	32 316	57 155	72 727	41 774	15 226	57 681	44 027	30
Demokraten	17 810	13 269	10 192	18 023	24 972	14 136	17 996	36 398	8
Sozialdemokraten	16 867	14 804	17 112	20 924	50 815	44 310	26 466	30 298	16
Unabhängige	8 837	5 807	6 005	13 379	26 748	29 486	12 703	42 965	6
Kommunisten	274	2 042	2 346	887	3 890	4 200	1 332	14 471	—

	in den Kreisen:	auf den Landeslisten:
Deutschnationale	8	8
Deutsche Volkspartei	4	2
Zentrum	30	4
Demokraten	8	3
Sozialdemokraten	16	3
Unabhängige	6	4
Zusammen:	72	19

Die Kommunisten gehen leer aus, weil sie in keinem Kreise die genügende Stimmenzahl aufbrachten und sie damit nach dem Wahlgesetz auch keinen Anspruch auf ein Mandat der Landesliste haben. Deutsche Volkspartei und Unabhängige sind im gegenwärtigen Landtag nicht vertreten; die letztere, weil sie im Januar 1919 in Baden noch nicht bestand; die letztere, weil sie bei der Wahl zur badischen Nationalversammlung nicht genügend Stimmen aufbrachten.

Wenn die Wahlbeteiligung im Herbst 1921 nicht wesentlich geringer sein sollte als im Sommer 1920, dann ist also mit der Wahrscheinlichkeit einer Verringerung der Zahl der Landtagsabgeordneten überhaupt zu rechnen. Das ist, wenn die Verringerung in Grenzen bleibt, die die Arbeitsfähigkeit des Parlaments nicht beeinträchtigt, kein Schaden; schon mit Rücksicht auf die finanziellen Ersparnisse. Die Stärke des Landesparlamentes hängt jedenfalls direkt von der Wahlbeteiligung ab. Bei den obigen Siffern der Reichstagswahl, die eine Beteiligung von 73 Prozent aufwies, wäre mithin eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl um 16 dieolge. Doch lassen sich da Prophezeiungen nicht aussprechen. Wahrscheinlich bleibt stets im Hinblick auf das Ergebnis wie auf die politische Stellung eine möglichst große Beteiligung.

Gegenüber der Nationalversammlung im Januar 1919, bei der 11,4 Prozent Wähler mehr zur Urne gingen, verfügen die drei Koalitionsparteien noch über ansehnliche Reserven von faulen Wählern, die es diesmal heranzuziehen gilt. Beim Zentrum sind es 40 000, bei den Sozialdemokraten 60 000, ganz abgesehen von deren Reservewähler in der U.S.P. Die Demokraten haben noch 20 000 Reservewähler, die im Juni 1920 zu Hause blieben, davon allein im 1. Wahlkreis rund 4000, im 4. und 5. je 5000, im 7. Wahlkreis 2700. Ihre Mobilisierung dürfte je ein zweites Kreismandat im 1., 4., 5. und 7. Wahlkreis bedeuten. Das wären somit, vorausgesetzt, daß die Rechtsabwanderung aus der Partei beendet ist, 13 bis 14 Mandate. Jedenfalls werden die Neuwahlen an den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Landesparlament kaum etwas wesentliches ändern. Eine gute Zweidrittelmehrheit dürfte für die regierende Koalition unter allen Umständen gesichert sein. Damit wäre die Fortführung der inneren Politik des Landes auf der bisherigen Linie der sozialen Mitte gesichert. Die wahre bürgerliche Demokratie gehört zur sozialen Mitte, sie darf weder bürgerliche noch andere Klassenpolitik treiben. Die soziale und demokratische Arbeit der Demokratie am Volksganzen kann nach Lage der Dinge in Baden nur Hand in Hand mit Sozialdemokratie und Zentrum geleistet werden.“

### Abg. Friedrich Säger f.

Abg. Kononierat Friedrich Säger, Bürgermeister von Diersheim, Amt Nehl, ist heute nacht 1/2 Uhr an einem Herzleiden, das ihn seit längerer Zeit der Kräfte im Dienste der Allgemeinheit entzog, gestorben. Die Beerdigung findet morgen, Dienstag nachmittag 1/4 Uhr, in Diersheim statt. Säger war geboren am 3. April 1867 in Diersheim. 1903 wurde er zum Bürgermeister in Diersheim gewählt. Im Jahre 1906 wurde er als Abgeordneter des 30. Wahlkreises Nehl in den Landtag entsandt, dem er bis heute angehört. Er zählte zur nationalliberalen, seit der Revolution zur demokratischen Partei. Auf landwirtschaftlichem Gebiet hat sich der Verstorbenen große Verdienste erworben. Die Landwirtschaftskammer wählte ihn in Würdigung seiner Verdienste um die Landwirtschaft zu ihrem Vizepräsidenten.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Mannheim, 17. Juli. Gestern wurde in dem großen Schwurgerichtsprozeß, in welchem es sich um Millionenschiebungen mit Hilfe gefälschter Ein- und Ausfuhrscheine handelte, das Urteil gesprochen. Die Angeklagten Böhmner, Krufe und Möhn wurden freigesprochen, da die Beweismomente der Schuldfrage verneinten. Der Angeklagte Stiller wurde zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von acht Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Stiller 5 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

### Aus der Landeshauptstadt.

Das Ministerium des Innern hat dem Voranschlag der Handelskammer Karlsruhe für das Jahr 1921 seine Genehmigung erteilt. Der hiernach zu erhebende Beitragssatz beträgt 7 Pf. von 100 M. beitragspflichtigem Steuerkapital.

DZ. Herabsetzung der Fleischpreise in — Stuttgart. Die Stuttgarter Fleischrechnung hat die Fleischpreise von Montag ab neu festgesetzt. Es kostet jetzt Rindfleisch I. Qualität 11 Mark, II. Qualität 9—11 M., Aufschleich 5—8 M., Kalbfleisch 11 M., Hammelfleisch 10—11 M., Schaffleisch 8 M. je das Pfund. Der Preis für Schweinefleisch hat keine Änderung erfahren.

## Staatsanzeiger.

Die Errichtung einer Apotheke in Mannheim-Neckarstadt betr.  
Dem Apotheker Hilmar Jensen in Heidelberg wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer neuen selbständigen Apotheke in Mannheim-Neckarstadt verliehen.  
Karlsruhe, den 15. Juli 1921.  
Ministerium des Innern.  
J. B. Leers. Jeller.

Die Herstellung des Gemeinbewegs Zell a. S. — Unter- und Oberentersbach, hier die Enteignung von Teilflächen der Grundstücke Lsg. Nr. 1268a, 1268b, 1310 der Gemarkung Unterentersbach betr.  
Durch Staatsministerialentscheidung vom 14. Juli 1921 ist ausgesprochen worden, daß

1. die zum Zwecke des Ausbaues des Verbindungswegs Zell-Oberentersbach erforderlichen Teilflächen der Grundstücke Lsg. Nr. 1268a, 1268b, und 1310 der Gemarkung Unterentersbach nach Maßgabe der in der Tagfahrt vom 21. Mai 1921 in Unterentersbach offen gelegten Pläne und des Nebenbestandesverzeichnisses sowie der über diese Tagfahrt gefertigten Niederschrift in dem beanspruchten ungefähren Flächenumfang gegen vorgängige Entschädigung abzutreten seien.
2. die Unternehmerinnen die erforderlichen Ladeplätze und Auffahrten zur Lagerung und Abfuhr des Holzes nach Maßgabe der Anordnung der Wasser- und Straßenbauinspektion Offenburg vom 14. Juni 1921 zu erstellen haben.
3. die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens auf 2 Wochen festgesetzt werde.

Karlsruhe, den 15. Juli 1921.  
Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
J. B. Rein. Braun.

Wir erkennen hiermit die Soziale Frauenschule Heidelberg, Kornmarkt 5, und die Soziale Frauenschule Mannheim, N 7, 18, als Prüfungsstellen für die staatliche Prüfung von Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen im Sinne der Verordnung vom 17. März 1921, die staatliche Prüfung von Sozialbeamtinnen und Wohlfahrtspflegerinnen betr., an.  
Karlsruhe, den 15. Juli 1921.

Badisches Arbeitsministerium.  
Der Ministerialdirektor:  
J. u. S. Fuchs.

Schnellzugverkehr.  
Zur Entlastung der Solland-Schweizer Schnellzüge D 107/D 108 wird vom Freitag, den 15. Juli an die Wasser-Abteilung zwischen Bruchsal und Mannheim als besonderer Ergänzungszug gefahren und zwar: Vorzug D 107 Bruchsal ab 11.08 nachm., Heidelberg 11.43/62 Mannheim an 12.12 vorm., sowie Nachzug D 108 Mannheim ab 6.23 vorm., Heidelberg 6.46/62, Bruchsal an 7.24, ab 7.26, Karlsruhe an 7.47 vorm.  
Ferner wird zur Entlastung des Berlin-Walder Schnellzugs D 2 auf der Strecke Karlsruhe-Offenburg der in Mannheim um 8.44 vorm. abgehende Schnellzug D 180 von Karlsruhe bis Offenburg in folgendem Fahrplan durchgeführt: Karlsruhe an 9.49 vorm., ab 9.58, Raftatt 10.19/20, Baden-Dos 10.31/34, Appenweier 11.06/07, Offenburg an 11.18 vorm.

## Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurechweisungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.  
Ernannt:  
Oberamtmann Karl Friedrich Berrenner zum Regierungsrat beim Oberbergwerksamt Freiberg, Regierungsrat Paul Dufner zum Amtmann beim Bezirksamt Freiburg.  
Befördert:  
Oberrevisor Josef Hoffmeyer beim Bezirksamt Oberkirch zum Bezirksamt Wiesloch.  
Oberrevisor Josef Deib beim Bezirksamt Adelsheim zum Bezirksamt Billingen.

Planmäßig angestellt:  
Verwaltungsaktuar Lothar Schweggenburger beim Bezirksamt Offenburg als Oberverwaltungssekretär.

Arbeitsministerium.  
Planmäßig angestellt:  
Registrierungsgehilfin Marie Dimpfel als Kanzleiaffizientin bei der Landesversicherungsanstalt Baden.

Ministerium der Finanzen.  
Zurechgewiesen:  
Oberforstrat Friedrich Fels auf Ansuchen.

Städtisches Konzerthaus.  
Dienstag, den 19. Juli 7—geg. 10 Uhr. Mk. 1220  
Die Frau im Hermelin.

Die weltberühmt. Passionsfestspiele  
auf der größten Freilichtbühne der Welt, 200 m breit, 100 m tief, in Freiburg i. B. unter Zugrundelegung des alten Oberammergauer Urtextes unter Leitung und Mitwirkung der berühmten bayrischen Christus- und Judasdarsteller, Brüder Adolf und Georg Paßnacht.  
— Flächeninhalt der Festspielanlage 40 000 qm —  
Spielzeit vom 16. Juli ab, jeden Mittwoch, Samstag und Sonntag, sowie an Feiertagen bis Ende September. — Anfang 1 1/2 Uhr, Ende 7 Uhr, 1600 Mitwirkende. Auskunft und Prospekte kostenlos durch B. Gotthard, Freiburg i. B., Kaiserstraße 132, Fernruf 879. Schulen und Vereine erhalten Preisermäßigung. Die Festleitung. [K.334]

Mehrere Millionen  
in Teilbeträgen von 200 000 bis 1 Million für Handels- und Industrieunternehmungen sofort zu vergeben. Hauptbedingung gute Rentabilität und Sicherheit.  
R.444  
Drüger & Co., Berlin,  
Gitschinerstraße 108.

Bürgerliche Rechtspflege.  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
D. 198. 21. Bruchsal, Franz Holz, Säger von Graben, hat den Antrag gestellt, seinen am 11. April 1861 in Karlsruhe geborenen Onkel, Josef Holz, der etwa im Jahre 1878 nach Nordamerika auswanderte, für tot zu erklären, da er seit 25 Jahren verschollen ist.  
Der Verstorbenen wird aufgefodert, sich spätestens in dem auf Freitag, den 24. Februar 1922, vormittags 9 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude, Zimmer Nr. 16 in Bruchsal bestimmten Aufgebots-termin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.  
Es ergeht zugleich die Aufforderung an alle, die Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.  
Bruchsal, 13. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht.  
Aufgebot.  
D. 167.2 Engen. Im Grundbuch der Gemeinde Engingen Band 15 Blatt 22 Abt. I ist der Verschollene Gebhard Dietrich als Miteigentümer zu 1/2

des Grundstücks Lsg. Nr. 7173; 35,19 Ar Ackerland im Gemarkung zwischen Bergen eingetragen.  
Karl Gönner, Landwirt in Engingen, hat das Aufgebot zur Ausschließung des bisherigen Miteigentümers dieses Grundstücks Gebhard Dietrich gemäß § 927 BGB. beantragt.  
Der bisherige Miteigentümer Gebhard Dietrich, bezw. seine Rechtsnachfolger werden aufgefordert, spätestens in dem auf Montag, 19. September 1921, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Engen anberaumten Aufgebotsstermine ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.  
Engen, 1. Juli 1921.  
Amtsgericht.

Ausnahmetarif für Düngemittel.  
Am 15. Juli l. J. bis auf Widerruf, längstens bis zum 30. Juni 1922, ist ein Ausnahmetarif für die wichtigsten Düngemittel in Wagenladungen in Kraft getreten, der gegenüber den allgemeinen gültigen Frachten eine Ermäßigung von 20 v. H. aufweist. Der Ausnahmetarif kann zum Preis von 30 Pf. bezogen werden.  
Karlsruhe, 16. Juli 1921.  
Eisenbahn-Generaldirektion.

# Zentral-Handels-Register für Baden.

**Baden.** 9.136  
Handelsregister eintrag  
Abt. A Band II O.-Z. 536  
— Firma Josef Schmitt  
u. Sohn in Baden-Baden.  
Offene Handelsgesellschaft  
mit Beginn am 1. April  
1921. Persönlich haftende  
Gesellschafter sind Josef  
Schmitt, Fabrikant u.  
Willi Schmitt, Ingenieur,  
beide wohnhaft in Baden-  
Baden.  
Baden, 1. Juli 1921.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.

**Baden.** 9.137  
Handelsregister eintrag  
Abt. A Band II O.-Z. 533  
— Firma Schiele & Bruch-  
saler-Industrie-Genossenschaft  
in Baden-Baden —: Dem  
Kaufmann Daniel Goe-  
bel u. dem Dr. jur. Paul  
Mauer, beide wohnhaft in  
Baden-Baden, ist Gesam-  
tprokura erteilt. Die  
Vertretung der Gesell-  
schaft und Zeichnung der  
Firma erfolgt künftig ent-  
weder durch zwei Gesell-  
schafter oder durch zwei  
Prokuristen.  
Baden, 18. Juli 1921.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.

**Bruchsal.** 9.127  
Im Handelsregister B  
O.-Z. 42 betri. Bank für  
Handel und Industrie Al-  
tengesehenschaft Niedertas-  
selvertretende Vorstands-  
mitglied Dr. jur. Arthur  
Wolff in Berlin ist zum  
ordentlichen Mitglied des  
Vorstandes bestellt wor-  
den.  
Bruchsal, 5. Juli 1921.  
Amtsgericht.

**Bruchsal.** 9.128  
Im Handelsregister A  
Band I O.-Z. 272 wurde  
zu Firma Hohenheimer  
& Söhne in Bruchsal ein-  
getragen: Bernhard Söh-  
le, Kaufmann Wille ist aus  
der Gesellschaft ausge-  
treten. Kaufmann Adolf  
Preisler in Bruchsal ist am  
1. Juli 1921 als Ge-  
sellschafter in dieselbe ein-  
getreten.  
Bruchsal, 6. Juli 1921.  
Amtsgericht.

**Bruchsal.** 9.137  
Im Handelsregister A  
Band I O.-Z. 374 wurde  
zu Firma Fibor Weil,  
Bruchsal eingetragen: Der  
Gesellschafter Fibor Weil  
ist durch Tod ausgeschie-  
den. An dessen Stelle ist  
Kaufmann Otto Weil in  
Bruchsal in das Geschäft  
eingetreten, das unter der  
bisherigen Firma weiter-  
geführt wird.  
Bruchsal, 9. Juli 1921.  
Amtsgericht.

**Durlach.** Handelsregister,  
eingetragen: Delfabrik  
Königsbach Hans Diefen-  
bacher, Inhaber: Hans  
Diefenbacher, Kaufmann  
in Königsbach. Amts-  
gericht. 9.169

**Durlach.** Handelsregister,  
zu Firma Leonhard Mohr  
Durlach, eingetragen: Die  
Firma ist geändert in Me-  
tallgusswerk & Armatur-  
fabrik Durlach, Leon-  
hard Mohr. Amtsgericht.  
9.170

**Durlach.** Handelsregister,  
zu Firma Leonhard Mohr  
Durlach, eingetragen: Die  
Firma ist aufgelöst, die  
Firma erloschen. Amts-  
gericht. 9.172

**Emmendingen.** 9.158  
In das Handelsregister  
A Band I O.-Z. 181 —  
Firma Klorer & Rath,  
Emmendingen, wurde ein-  
getragen: Mit Wirkung  
vom 1. Juli 1921 ist Kauf-  
mann Ludwig Höbiger  
in Mannheim aus der Ge-  
sellschaft ausgeschieden.  
Emmendingen,  
den 8. Juli 1921.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts 1.

**Emmendingen.** 9.159  
In das Handelsregister  
B Band I O.-Z. 14 Firma  
Erste Deutsche Nami-  
engesellschaft Verpächterin  
in Emmendingen wurde  
eingetragen: Die Gesamt-  
prokura des Kaufmanns  
Oskar Freizer in Em-  
mendingen und die Pro-  
kura des Ingenieurs Emil  
Baumgartner in Emmen-  
dingen sind erloschen.  
Emmendingen,  
den 12. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht 1.

**Emmendingen.** 9.208  
In das Handelsregister  
A Band I O.-Z. 205 S.  
415 — Erste Deutsche Na-  
mengesellschaft in Emmen-  
dingen — wurde ein-  
getragen: Dem Ingenieur  
Emil Baumgartner in  
Emmendingen ist Einzel-  
prokura erteilt. Der Kauf-  
mann Oskar Freizer, Otto  
Reidhart und Robert  
Vollrath, alle in Emmen-  
dingen, ist Gesamtprokura  
erteilt. Zur rechtsgültigen  
Zeichnung dieser sind zwei  
Unterschriften erforderlich.  
Emmendingen,  
den 12. Juli 1921.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.

**Freiburg.** 9.138  
In das Handelsregister  
Abt. B Band I O.-Z. 61  
wurde eingetragen:  
Erste Deutsche Fournier-  
fabrik Ludwig Jäger, Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung, Freiburg betri.  
Adolf Seiber ist als Ge-  
sellschafter ausgeschie-  
den, als neuer Geschäfts-  
führer ist Eugen Kohl-  
berger, Kaufmann, Frei-  
burg, bestellt.  
Freiburg, 5. Juli 1921.  
Amtsgericht 1.

**Freiburg.** 9.139  
In das Handelsregister  
Abt. B Band III O.-Z. 58  
wurde eingetragen:  
Bank für Handel und  
Industrie Niederlassung  
Freiburg (Breisgau) als  
Zweigniederlassung der  
Firma gleichen Namens  
in Darmstadt.  
Das bisherige stellver-  
tretende Vorstandsmitglied  
Dr. jur. Arthur Kofin,  
Berlin, ist zum ordentli-  
chen Vorstandsmitglied be-  
stellt.  
Freiburg, 4. Juli 1921.  
Amtsgericht 1.

**Freiburg.** 9.140  
In das Handelsregister  
B Band II O.-Z. 88 wur-  
de eingetragen:  
Dresdener Bank Filiale  
Freiburg i. Br. als Zwei-  
gniederlassung der Dresde-  
ner Bank in Dresden betri.  
Als stellvertretende Vor-  
standsmitglieder sind be-  
stellt: Bankdirektor Rud-  
wig Bloch, Charlotten-  
burg, und Bankdirektor  
Georg Mosler, Berlin.  
Freiburg, 30. Juni 1921.  
Amtsgericht 1.

**Freiburg.** 9.141  
In das Handelsregister  
B Band III O.-Z. 67 wurde  
eingetragen:  
Berberich und Curioni,  
Gesellschaft mit beschränk-  
ter Haftung, mit Sitz in  
Freiburg.  
Gegenstand des Unter-  
nehmens ist Ein- u. Aus-  
fuhr deutscher und italie-  
nischer Erzeugnisse (In-  
dustrieerzeugnisse u. Lan-  
desprodukte), Vertretung  
anderer Geschäfte die-  
ser Art und Beteiligung  
an solchen.  
Das Stammkapital be-  
trägt 100 000 Mark.  
Geschäftsführer sind Gu-  
stav Berberich, Kaufmann,  
Freiburg, Pietro Giacinto  
Curioni, Kaufmann, Mail-  
land.  
Der Gesellschaftsvertrag  
dieser Gesellschaft mit be-  
schränkter Haftung ist am  
14. April 1921 festgestellt.  
Die jetzigen Geschäftsführ-  
er sind mit dem Rest  
der Einzelprokuristen be-  
setzt.  
Besanntmachungen der  
Gesellschaft erfolgen im  
Deutschen Reichsanzeiger.  
Freiburg, 28. Juni 1921.  
Amtsgericht 1.

**Freiburg.** 9.142  
In das Handelsregister  
A wurde eingetragen:  
Band VII O.-Z. 206:  
Firma Frey Ganten, Frei-  
burg, Inhaber ist Frey  
Ganten, Kaufmann, Frei-  
burg, (Kolonialwarenge-  
schäft, Poststraße 110).  
Band IV O.-Z. 243:  
Firma Johann Mäurer,  
Freiburg betri. Inhaber  
ist jetzt Ferdinand Mäurer,  
Kaufmann und Spe-  
diteur, Freiburg.  
Band VII O.-Z. 206:  
Firma „Obaner“ Oberba-  
dische Annoncen-Expedi-  
tion, Ob- & Leppert, Frei-  
burg, Persönlich haftende  
Gesellschafter sind Frey  
Oppe, Redakteur, Frei-  
burg und Eugen Leppert,  
Kaufmann, Freiburg. Die  
offene Handelsgesellschaft  
hat am 1. Juli 1921 be-  
gonnen. (Annoncenbüro,  
Gresserstr. 1.)  
Band VII O.-Z. 207  
Carl Lassen, Hamburg,  
Zweigniederlassung Frei-  
burg i. Br. Inhaber ist  
Christian Wilhelm Alfred  
Lassen, Kaufmann, Ham-  
burg.  
Als Einzelprokuristen  
sind bestellt: Hugo Julius  
Johannes Budemann,  
Hamburg, Waldemar Jör-  
genssen, Steint, Richard  
Fleischer, Berlin, Otto  
Lemmel, Frankfurt a. M.;  
als Gesamtprokuristen:  
Willi Lassen und Otto  
Lensch, Hamburg, Oskar  
Strache, Wilhelm Schmidt,  
Wilhelm Weis, Berlin,  
Heinrich Karling, Dres-  
den, Emil Kirsch, Steint,  
Carl Emmerich, Karlsruhe,  
Georg Waber, Stuttgart,  
Richard Hans Verthold  
Timmermann, Hermann  
Reisler, Philipp Eduard  
Theodor Meyer, Ham-  
burg, Kurt Friedrich, Gu-  
stav Borner und Wilhelm  
Siedler, Berlin, Hermann  
Brandt und Otto Wil-  
fert, Leipzig, Hans Röt-  
ter und Rudolf Berger,  
Chemnitz, Otto Seyer u.  
Gustav Schulz, Köln a.  
Rh., Christian Siegel-  
mann, Carl Grammes u.  
Josef Schramm, Frank-  
furt a. M., Franz Hoffe,  
Offenburg, Paul Spranz,  
München. Je zwei von  
ihnen sind gemeinschaftlich  
zur Zeichnung der Firma  
per Prokura befugt. Die  
Prokuristen Wilhelm Weis  
und Oskar Strache  
sind nur befugt und zwar  
ein jeder von ihnen, die  
Firma gemeinschaftlich  
mit dem Prokuristen Wil-  
helm Schmidt per Pro-  
kura zu zeichnen; die Pro-  
kuristen Carl Grammes  
und Josef Schramm sind  
nur befugt und zwar ein  
jeder von ihnen, die Firma  
gemeinschaftlich mit  
dem Prokuristen Christian  
Siegelmann per Prokura  
zu zeichnen. (Expeditions-  
haus.)  
Band VI O.-Z. 338:  
Firma Chocladefabrik  
Badenia, Merz & Arens,  
Freiburg betri. Die Pro-  
kura des Friedrich Koenig  
ist erloschen.  
Band VII O.-Z. 208:  
Firma Max Bär, Frei-  
burg, Inhaber ist Max  
Bär, Kaufmann, Frei-  
burg, (Galanterie, Leder-  
waren, Spielwaren, Rai-  
ferstr. 48.)  
Band III O.-Z. 373:  
Firma Friedrich Keller,  
Freiburg betri. Die Firma  
lautet richtig Frey  
Keller. Inhaber ist jetzt  
Dr. Alexander Galdy,  
Kaufmann, Frankfurt a.  
M. Als Einzelprokuristen  
sind bestellt: Frey Keller,  
Freiburg, Direktor Emil  
Kreiß, Saarbrücken und  
Julius Gottlieb, Saar-  
brücken. Der Übergang  
der in dem Betriebe des  
Geschäftes begründeten  
Verbindlichkeiten wurde  
beim Erwerb des Betriebes  
durch Dr. Alexander Galdy  
übertragen.  
Band VII O.-Z. 209:  
Firma Afrika-Verlag, Dr.  
Wilhelm Winterer, Frei-  
burg, Inhaber ist Dr.

Wilhelm Winterer, Ma-  
jor, Freiburg.  
Band IV O.-Z. 62 Firma  
Karl Jos. Gilpert,  
Freiburg, ist erloschen.  
Band VII O.-Z. 210:  
Firma Otto Hahn, Frei-  
burg, Inhaber ist Otto  
Hahn, Kaufmann, Frei-  
burg, (Betrieb von Che-  
mikalien und Farben auf  
eigene und fremde Rech-  
nung, Reichsgrabenstr. 2.)  
Band VI O.-Z. 224 Firma  
Rohrleitungs-„Sanitas“,  
Direktor & Co., Freiburg  
betri. Die Prokura des  
Erich Krause, Freiburg,  
ist erloschen.  
Band VI O.-Z. 39 Firma  
Draht- und Kabelwerke  
Freiburg betri. Ernst  
Klemm, Freiburg, ist als  
Gesamtprokurist bestellt.  
Freiburg, 8. Juli 1921.  
Amtsgericht 1.

**Karlsruhe.** 9.129  
In das Handelsregister  
B Band II O.-Z. 5 ist zur  
Firma Winkermann Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung, Karlsruhe ein-  
getragen: Die Prokura  
des Gustav Baer, Karlsru-  
he, ist erloschen.  
Karlsruhe, 9. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.143  
In das Handelsregister  
B Band IV O.-Z. 67 ist  
zur Badischen Siedlungs-  
und Landbau, Gesell-  
schaft mit beschränkter  
Haftung in Karlsruhe ein-  
getragen: Die Vertretungs-  
befugnis des Ober-  
bürgermeisters Dr. A. Sie-  
gert, Karlsruhe als Ge-  
sellschaftsführer ist beendet.  
Demselben ist Prokura erteilt.  
Er ist berechtigt,  
gemeinsam mit einem  
Geschäftsführer oder mit  
einem Prokuristen der  
Gesellschaft diese zu vertre-  
ten. Die Prokura des  
Georg Seeger, Landwirt  
in Karlsruhe, ist erlo-  
schen.  
Karlsruhe, 11. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.144  
In das Handelsregister  
B Band V O.-Z. 16 ist  
zur Firma Hiltner &  
Regler, Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung, Vou-  
gegeschäft, Baumaterialien-  
handlung und Architekturbü-  
ro, Karlsruhe eingetragen:  
Die Vertretungsbefugnis  
des Geschäftsführers  
Eugen Regler, Karlsru-  
he, ist beendet.  
Karlsruhe, 11. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.145  
In das Handelsregister  
B Band IV O.-Z. 43 ist  
zur Firma Badische Druck-  
und Verlags-Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung,  
Karlsruhe — eingetragen:  
Die Vertretungsbefugnis  
des Geschäftsführers  
Gustav Toechig ist beendet,  
an dessen Stelle ist Direktor  
Paul Hammer, Karlsruhe,  
als Geschäftsführer  
bestellt.  
Karlsruhe, 11. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.146  
In das Handelsregister  
B Band VI O.-Z. 36 ist  
eingetragen: Firma und  
Sitz: Badische Landes-  
Elektrizitätsversorgung,  
Karlsruhe. Gegenstand des Un-  
ternehmens: Die fabri-  
kation, Reparatur u. der  
Verkauf von Säden und  
die damit zusammenhän-  
genden Geschäfte. Die Ge-  
sellschaft darf auch andere  
Geschäfte betreiben, ober  
sich an solchen beteiligen.  
Stammkapital: 100 000  
Mark. Geschäftsführer:  
Maier Kleinberger, Kauf-  
mann, Karlsruhe, David  
Turner, Handelsmann,  
Karlsruhe. Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung.  
Der Gesellschaftsvertrag  
ist am 5. Juli 1921 festge-  
stellt. Die Geschäftsführer  
vertreten die Gesellschaft  
gemeinschaftlich. Aus-  
nahmeweise kann jeder  
der beiden Geschäftsführer  
im inneren Verhältnis

selbständig bei Käufen u.  
Verkäufen im Wert von  
unter 20 000 Mark die Ge-  
sellschaft vertreten. Die  
Öffentlichen Bekanntmach-  
ungen der Gesellschaft er-  
folgen im Deutschen  
Reichsanzeiger.  
Karlsruhe, 9. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.147  
In das Handelsregister  
B Band VI O.-Z. 36 ist  
eingetragen: Firma und  
Sitz: Karlsruher Maschi-  
nenreparatur- und Appa-  
raturbau-Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung,  
Karlsruhe. Gegenstand  
des Unternehmens: Die  
Herstellung, Reparatur u.  
der Betrieb von Maschi-  
nen und Werkzeugen, so-  
wie sonstiger einschlägiger  
Artikel. Stammkapital:  
50 000 Mark. Geschäftsführ-  
er Otto Kuntel, Kauf-  
mann, Karlsruhe. Gesell-  
schaft mit beschränkter  
Haftung. Der Gesell-  
schaftsvertrag ist am 1.  
Juli 1921 festgestellt. Die  
Gesellschafter Stephan  
Wald, Werkmeister und  
Frey Stiehling, Mechaniker  
in Karlsruhe, bringen  
als Einlage das ihnen  
häufig gebörige in Karlsru-  
he als Maschinenrepara-  
tur- und Apparaturbau  
gemeinschaftlich betriebene  
Geschäft mit allen Aktiven  
und Passiven nach dem  
Stand vom Eintragungsa-  
kt in die Gesellschaft ein,  
so daß das Geschäft von  
diesem Zeitpunkt ab als  
auf Rechnung der Gesell-  
schaft geführt anzusehen  
ist. Im einzelnen bringen  
sie ein: 1. Maschinen und  
Werkzeuge, sowie sonstige  
Fabrikgeräte im Werte  
von 46 000 Mark. 2. Rohma-  
terialien Holz- und Fer-  
tigfabrikate im Werte von  
120 000 Mark. 3. Ausstehen-  
de Forderungen und ba-  
res Geld zusammen im  
Werte von 5000 Mark, zu-  
sammen 171 000 Mark. Auf  
diesem Einbringen laien  
Schulden in Höhe von Mark  
146 000, so daß der reine  
Gesamtwert der Einlage  
25 000 Mark beträgt. Da-  
mit sind die Stammein-  
lagen der beiden genann-  
ten Gesellschafter geleistet.  
Die Bekanntmachungen  
der Gesellschaft erfolgen  
durch den Deutschen Reichs-  
anzeiger.  
Karlsruhe, 9. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.150  
In das Handelsregister  
B Band IV O.-Z. 5 Seite  
47/8 ist zur Firma Wink-  
ermann Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung,  
Karlsruhe, eingetragen:  
Dem Kaufmann Heinrich  
von der Heydt, Karlsruhe  
ist Gesamtprokura erteilt,  
dieser ist berechtigt  
ist, gemeinschaftlich mit  
einem anderen Prokuristen  
der Gesellschaft diese zu  
vertreten.  
Karlsruhe, 11. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.161  
In das Handelsregister  
B Band VI O.-Z. 34 ist  
eingetragen: Firma und  
Sitz: Badische Landes-  
Elektrizitätsversorgung,  
Karlsruhe. Gegenstand des Un-  
ternehmens: Die fabri-  
kation, Reparatur u. der  
Verkauf von Säden und  
die damit zusammenhän-  
genden Geschäfte. Die Ge-  
sellschaft darf auch andere  
Geschäfte betreiben, ober  
sich an solchen beteiligen.  
Stammkapital: 100 000  
Mark. Geschäftsführer:  
Maier Kleinberger, Kauf-  
mann, Karlsruhe, David  
Turner, Handelsmann,  
Karlsruhe. Gesellschaft  
mit beschränkter Haftung.  
Der Gesellschaftsvertrag  
ist am 5. Juli 1921 festge-  
stellt. Die Geschäftsführer  
vertreten die Gesellschaft  
gemeinschaftlich. Aus-  
nahmeweise kann jeder  
der beiden Geschäftsführer  
im inneren Verhältnis

gegeben sind. Vorstands-  
mitglieder: 1. Otto Helm-  
le, Oberingenieur, Karlsru-  
he, 2. Rudolf Jettweis,  
Oberingenieur, dieselbst.  
Aktiengesellschaft. Der Ge-  
sellschaftsvertrag ist am 6.  
Juli 1921 festgestellt. Die  
Gesellschaft wird durch  
zwei Vorstandsmitglieder  
oder durch ein Vorstands-  
mitglied zusammen mit  
einem Prokuristen vertre-  
ten. Die Bekanntmachun-  
gen der Gesellschaft erfol-  
gen im Deutschen Reichs-  
anzeiger u. im Badischen  
Staatsanzeiger. Zur Ge-  
neralversammlung wird  
durch den Vorstand oder  
durch den Aufsichtsrat  
schriftlich eingeladen. Die  
Gründer der Gesellschaft  
sind: 1. der badische Lan-  
despräsident, 2. Dr. Eugen  
Zimhoff, Ministerialrat in  
Karlsruhe, 3. Frey Hö-  
renbach, Ministerialrat, 4.  
Richard Gerg, Geh. Re-  
gierungsrat, 5. Ludwig  
Werber, Amtmann, alle  
Karlsruhe. Die Gründer  
haben sämtliche Aktien  
übernommen. Die Mit-  
glieder des ersten Auf-  
sichtsrats sind: 1. Dr. Ga-  
simir Paul, Präsident der  
Wasser- und Straßenbau-  
Direktion, 2. Dr. Ludwig  
Steinbrenner, Ministerial-  
rat, 3. Friedrich Mehl-  
hafer, Oberbaurat, 4. Dr.  
Konstantin von Bayer-  
Hrenberg, Regierungsrat,  
5. Richard Weh, Di-  
rektor der Badischen Bank  
in Karlsruhe, 6. Richard  
Freudenberg, Fabrikant  
in Weinheim, 7. Leonhard  
Weißbarth, Ingenieur,  
Karlsruhe. Von den mit  
der Anmeldung der Ge-  
sellschaft eingereichten  
Schriftstücken, insbesonde-  
re von dem Prüfungsbe-  
richt des Vorstandes und  
des Aufsichtsrats kann in  
der Gerichtsschreiberei des  
untenzeichneten Gerichts-  
Abamiesstr. 8, 1. Stock,  
Zimmer 52 — Einsicht ge-  
nommen werden.  
Karlsruhe, 7. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Karlsruhe.** 9.173  
In das Handelsregister  
B Band VI O.-Z. 7 ist  
zur Firma Badische Ver-  
kehrszeitung, Verlags-  
Gesellschaft mit beschränk-  
ter Haftung, Karlsruhe, ein-  
getragen:  
Durch Gesellschaftsver-  
trag vom 11. Juli 1921  
ist der Gegenstand des  
Unternehmens in der Weise  
geändert worden, daß  
zu den Worten „Badischen  
Verkehrszeitung“ — hinzu-  
gefügt wurde; dementspre-  
chend ist der § 3 des Ge-  
sellschaftsvertrages geän-  
dert worden.  
Karlsruhe, 12. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht B. 2.

**Lahr.** 9.162  
Zum Handelsregister  
Lahr Abt. A Band II O.-  
Z. 72 wurde heute ein-  
getragen: Firma Alfred  
Krämer in Friesenheim.  
Inhaber Alfred Krämer,  
Fabrikant in Friesenheim.  
Lahr, 12. Juli 1921.  
Der Gerichtsschreiber  
Bad. Amtsgerichts.

**Mannheim.** 9.180  
Zum Handelsregister B  
Band III O.-Z. 10 Firma  
Carl Speyer Mannheim  
Gesellschaft mit beschränk-  
ter Haftung in Mann-  
heim wurde heute ein-  
getragen:  
Die Prokura des Wil-  
helm Walther u. des Paul  
Wall ist erloschen.  
Mannheim, 4. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht S.-O. 4.  
Mannheim.

**Mannheim.** 9.184  
Zum Handelsregister B  
Band XVI O.-Z. 46 Firma  
„R. Fuhs, Möbelfabri-  
kation, Gesellschaft mit be-  
schränkter Haftung Zweig-  
niederlassung Mannheim“  
in Mannheim als Zwei-  
gniederlassung der Firma  
„R. Fuhs, Möbelfabri-  
kation“ in Dresden,  
wurde heute eingetragen:  
Der Gesellschaftsvertrag

ist durch Beschluß der Ge-  
sellschafterversammlung v.  
7. Juni 1921 in den §§ 5  
und 9 abgeändert. Auf  
die eingereichte Urkunde  
vom gleichen Tage wird  
Bezug genommen.  
Mannheim, 4. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht S.-O. 4.

**Mannheim.** 9.181  
Zum Handelsregister B  
Band VI O.-Z. 20 Firma  
„Oberheinische Dampf-  
bagger-Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung“ in  
Mannheim wurde heute  
eingetragen:  
Georg Guffel, Kauf-  
mann, Mannheim, ist als  
Geschäftsführer ausge-  
schieden. Adolf Huber,  
Kaufmann, Mannheim, ist  
als Geschäftsführer be-  
stellt.  
Mannheim, 4. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht S.-O. 4.

**Mannheim.** 9.182  
Zum Handelsregister B  
Band VI O.-Z. 41 Firma  
„Rheinische Creditbank“ in  
Mannheim wurde heute  
eingetragen:  
Die Prokura des Dr.  
Adolf Engel ist erloschen.  
Johannes Lutz, Mann-  
heim, ist als Gesamtpro-  
kurist unter Beschränkung  
auf den Betrieb der  
Hauptniederlassung Mann-  
heim bestellt.  
Mannheim, 4. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht S.-O. 4.

**Mannheim.** 9.183  
Zum Handelsregister B  
Band XI O.-Z. 44 Firma  
„G. Bahn & Co. Gesell-  
schaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim  
wurde heute eingetragen:  
Das Stammkapital ist  
auf Grund des Beschlusses  
der Gesellschafterversam-  
lung vom 16. Juni 1921  
um 150 000 Mark erhöht  
worden und beträgt jetzt  
240 000 Mark.  
Mannheim, 4. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht S.-O. 4.  
Mannheim.

**Mannheim.** 9.174  
Zum Handelsregister B  
O.-Z. 45 Firma Central  
Hotel, G. m. b. H. in Sin-  
gen ist eingetragen:  
An Stelle des E. Dür-  
schinger ist als Geschäfts-  
führer bestellt Vordirektor  
Karl Häppler in Sin-  
gen.  
Mannheim, 4. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht 1.

**Schnau i. W.** 9.148  
Handelsregister eintrag  
Abt. A Band I zu O.-Z.  
137 (Firma Alois Schmidt  
in Schnau) Die Firma ist  
erloschen.  
Schnau i. W.,  
den 6. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht.

**Schnau i. W.** 9.149  
Handelsregister eintrag A  
Band I unter O.-Z. 273:  
Firma Oskar Buchsmeier  
in Schnau (Wiesental).  
Inhaber Oskar Jud-  
schwert, Holzhandler in  
Schnau (Wiesental). Er-  
werbszweig: Holzhand-  
lung.  
Schnau i. W.,  
den 9. Juli 1921.  
Bad. Amtsgericht.

**Schwetzingen.** 9.150  
Handelsregister eintrag  
Abt. A Band III zu O.-Z.  
11 — Emil Neumann,  
Schwetzingen —: Die Fir-  
ma ist erloschen.  
Schwetzingen,  
den 9. Juli 1921.  
Amtsgericht 2.

**Weinheim.** 9.163  
Zum Handelsregister A  
Bd. II O.-Z. 14 zur Fir-  
ma Louis Neu, Inhaber  
Louis Neu und Sally  
Neu in Weinheim wurde  
eingetragen: Kaufmann  
Louis Neu in Weinheim  
ist aus der Gesellschaft  
ausgeschieden. Kaufmann  
Max Neu in Weinheim  
ist als persönlich haf-  
tender Gesellschafter in  
die Gesellschaft eingetre-  
ten. Die Firma ist in  
„Louis Neu, Inhaber  
Sally Neu und Max Neu  
Weinheim“ geändert.  
Weinheim, 9. Juli 1921.  
Der Gerichtsschreiber des  
Amtsgerichts.